

als der römische Kaiser des Westens herausstellen musste, um die Interessen des Westens gegenüber dem Osten zu wahren, der sich durch die Kreuzzüge der abendländischen mittelalterlichen Welt wieder in stärkerer Masse erschlossen hatte.

Die deutsch-byzantinischen Verhandlungen der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts wurden der Nährboden des staufischen Staatsgedankens. Sie hatten gezeigt, dass es einen römischen Kaiser ohne Krönung geben konnte, dass dieser also nicht das eigentliche Wesen des Kaisertums ausmachte. Wie Karl der Grosse, so vermochte auch Friedrich Barbarossa als Germane das Vorbild des östlichen Staates, der eine Autonomie zwischen weltlicher und geistlicher Gewalt nicht kannte, für die deutschen Belange sich so nutzbar zu machen, dass er dem Papsttum eine neue souveräne weltliche Kaiseridee entgegensetzen konnte. Formal auf dem mittelalterlichen Gedanken des römischen Kaisertums fussend, baute er eine neue, ^{unabhängig} ~~autoritäre~~ Staatsform auf, die sich alsbald römischer Etiketteformen und des Ideengutes des wiederbelbten römischen Rechtes bediente, um gegenüber dem päpstlichen Oberhoheitsanspruch die staatliche Autonomie zu betonen. Diese Autonomie sollte derjenigen gleichen, die der alte römische Staat ⁱⁿgehabt hatte, dessen Erbe man fortführte, und die der byzantinische noch innehatte. Es war der Versuch, auf dem Boden des „römischen Kaisertums“ eine weitgehend romfreie Kaiseridee aufzubauen. Nur in einem konnte sich auch Friedrich Barbarossa der Traditionskraft des kurialen Kaisergedankens nicht entziehen: er musste das formale Krönungsrecht des Papstes anerkennen.

Zu demselben Staat, der das Vorbild für den neuen Ausbau der staufischen Machten^etfaltung gegeben hatte, sollte das neue Kaisertum alsbald in schärfsten Konflik^t kommen, weil im vorderen Orient ein Mann die Regierung ergriffen hatte, dessen tragende Lebensidee die Restauration Ostroms im Geiste Justinians war, Das schwache deutsche Königstum Konrads III. hatte in der Verkennung der neuen, nach Westen gerichteten Expansionspolitik des Ostens in dem Vertrage von